

# MARKT

Mittwoch, 17. Oktober 2012

## Besteht Anspruch auf Rechtsschutz?

Entscheidung dazu steht noch aus

**Ostseebad Boltenhagen (pki).** Boltenhagens Gemeindevertreter haben für sich am 6. September 2012 mehrheitlich (1 Gegenstimme) eine Rechtsschutzversicherung zu Lasten des Steuerzahlers beschlossen. Aus der Begründung geht hervor, dass dieser „Rechtsschutz für die Geltendmachung von zivilrechtlichen Unterlassungs- und Schadensersatzansprüchen sowie bei einer strafrechtlichen Verfolgung gewährt“ wird. Das Amt Klützer Winkel soll nun über die Anträge der Gemeindevertreter entscheiden.

### *Einige Unklarheiten*

Nach herkömmlicher Rechtsauffassung haben Gemeindevertreter jedoch keinen solchen Erstattungsanspruch, da sie nicht Vertreter der Gemeinde sind. Sie sind Mitglied einer politischen Körperschaft, die in Artikel 28 Abs. 1 des Grundgesetzes als Volksvertretung bezeichnet wird. Gemeindevertreter vertreten die gesamte Gemeindebevölkerung und verfügen über ein freies Mandat. Sie geben daher keine Erklärungen für die Gemeinde ab, sondern ihre eigene Meinung als frei gewählter Volksvertreter. Der Rechtsschutz soll auch bei ‚strafrechtlicher Verfolgung gewährt‘ werden. Der MARKT berichtete bereits über strafrechtliche Ermittlungen gegen verschiedene Gemeindevertreter ohne auf die Vollständigkeit der Aufzählung einen Anspruch zu erheben. Die Allgemeinen Rechtsschutzbedingungen regeln die ‚Leistungsart Strafrechtsschutz‘ insoweit, dass kein Rechtsschutz bei vorsätzlich

begangenen Straftaten, wie zum Beispiel Betrug, Untreue oder Beleidigung besteht. Auch aus den Bestimmungen der Kommunalverfassung oder der Entschädigungsverordnung für Mecklenburg-Vorpommern ergeben sich keine Rechtsgrundlagen für einen derartigen Rechtsschutz der vermutlich die Erstattung von Rechtsanwaltsleistungen oder andere rechtliche Beratungsleistungen regeln soll.

Warum wurde dann ein derartiger Beschluss gefasst? Die Antwort ergibt sich aus der Beschlussvorlage. Dort heißt es: „In der Vergangenheit ist die Arbeit der Gemeindevertretung (...) mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Dies führte teilweise zu unsachgemäßer Presseberichterstattung, aber auch zu Angriffen und Anzeigen Dritter an einzelne Gemeindevertreter.“

Der ‚Rechtsschutzbeschluss‘ ist also ein erneuter Angriff einer Mehrheit der Boltenhagener Gemeindevertreter auf die in Artikel 5 Abs. 1 des Grundgesetzes verankerte Meinungs- und Pressefreiheit: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Einmal mehr entfernt sich eine Mehrheit der Boltenhagener Gemeindevertreter von den verfassungsrechtlich geschützten Grundrechten und versucht hier durch die Hintertür Grundrechte widerrechtlich einzuschränken. Kann dies allein durch ‚Nichtwissen‘ begründet werden?